

Chronik der 60er Jahre – Politik der BRD

Jahr	Datum	Ereignis
1960	18. Januar	Bundesinnenminister Schröder (CDU) gibt die Verabschiedung eines Entwurfs für ein verfassungsänderndes Notstandsgesetz durch die Bundesregierung bekannt. Er enthält Bestimmungen über die Verkündung des Notstands und die Ermächtigung der Regierung zur Verkündung und Durchführung von Notstandsmaßnahmen unter Eingriff in die verfassungsmäßigen Grundrechte der Bürger.
1960	28. Januar	Auf einer internationalen Pressekonferenz in Berlin enthüllt Walter Ulbricht westliche Geheimdokumente, wonach bei dem Bundeswehrmanöver "Side step" im Herbst 1959 gemäß einer Direktive des Führungsstabs der Bundeswehr die Konzeption eines Überraschungsangriffs auf die DDR zugrunde gelegt worden war. Ulbricht macht einen Brief bekannt, den er am 23.1. an Konrad Adenauer gerichtet hatte, um Verhandlungen über die damit zusammenhängenden Fragen in Gang zu bringen.
1960	1. - 7. Februar	NATO-Manöver "Winterschild" an der Staatsgrenze zur DDR mit rd. 60 000 US- und Bundeswehr-Soldaten einschließlich Übung des Einsatzes von atomaren Waffen.
1960	1. Februar	Veröffentlichung der Richtlinien des PV der SPD zur "Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Kommunismus", mit denen "Ostkontakte" von SPD-Mitgliedern in die DDR und andere sozialistische Staaten weitgehend unterbunden werden sollen - Kontakte zu Organisationen der DDR werden generell untersagt, zu anderen Ländern sollen lediglich "informative Kontakte" bei strenger Prüfung der sachlichen und persönlichen Voraussetzungen in jedem Einzelfall zugelassen sein.
1960	24. Februar	Regierungsentwurf eines "Notdienstgesetzes" als Ergänzung zur allgemeinen Wehrpflicht im Kabinett verabschiedet. Möglichkeit der Zwangsverpflichtung aller Männer von 18 - 65 Jahren und aller Frauen von 18 - 55 im Kriegsfall zu Arbeiten für die Armee und in der Rüstungsindustrie sowie als Hilfspolizei und ähnliche Aufgaben.
1960	17. März	Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner erklärt in einem Artikel des "Vorwärts" den im März 1959 veröffentlichten "Deutschlandplan" der SPD für "überholt". In Teilen der SPD stößt dies auf Widerstand. Der "Deutschlandplan" sah die Bildung einer atomwaffenfreien und entmilitarisierten Zone in Mitteleuropa unter Einschluss der beiden deutschen Staaten und Polens sowie eine Wiedervereinigung Deutschlands in drei Stufen vor, wobei die erste die Bildung einer von BRD und DDR paritätisch besetzten "Gesamtdeutschen Konferenz" sein sollte.
1960	25. April	Ankündigung eines weiteren Zechensterbens im westdeutschen Bergbau. Laut Angaben eines SPD-Sprechers gab es im März in den bundesdeutschen Zechen 21 000 und in der ersten Aprilhälfte mehr als 29 000 Feierschichten mit einem Lohnausfall von 1,6 Millionen DM für die Bergarbeiter.
1960	29. April/ 3. Mai	Der 1. Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR verurteilt den bundesdeutschen Vertriebenenminister Oberländer in Abwesenheit wegen in der Zeit des Faschismus von ihm begangener Verbrechen (Mord und Anstiftung zum Mord) zu lebenslanglichem Zuchthaus. Unter dem Druck der vorgelegten Unterlagen und der durch den DDR-Prozeß erregten weltweiten Aufmerksamkeit sieht sich Oberländer am 3.5. zum Rücktritt gezwungen.
1960	24. Mai	Der Bundestag verabschiedet in dritter Lesung das Gesetz über den Abbau der "Wohnungszwangswirtschaft" (gegen die Stimmen der SPD) - Aufhebung der staatlichen Mietpreisregulierung – Freigabe der Wohnungsmieten.
1960	27. Juni	Westberliner Polizei dringt in das exterritoriale Gelände der S-Bahnhofs Staaken ein, um einen 17-jährigen Reichsbahnangehörigen festzunehmen und im Gefängnis Moabit drei Monate lang zu inhaftieren, weil er einige Tage zuvor den auf dem Reichsbahngelände tätigen Angehörigen der Transportpolizei der DDR geholfen hatte, Personen wegen des Verdachts krimineller Straftaten festzunehmen.
1960	30. Juni	In der außenpolitischen Debatte des Bundestages vollziehen die SPD-Sprecher Wehner und Erler einen politischen Schwenk, indem sie die NATO-Mitgliedschaft

		der BRD bejahen und eine "gemeinsame Außenpolitik" mit der CDU/CSU befürworten. Wehner erklärt den "Deutschlandplan der SPD" für überholt.
1960	Anfang Juli	Provokationen westberliner Aufwiegler gegen DDR-Transportpolizisten auf den Westberliner S-Bahnhöfen Papestraße, Schöneberg und Charlottenburg.
1960	19. Juli	SPD-Parteivorstand beschließt die Sperrung aller Mittel für den SDS und den Abbruch der Beziehungen zu ihm sowie die Bildung des SHB als Konkurrenzorganisation.
1960	19. August	Denkschrift des Führungsstabs der Bundeswehr mit der Forderung nach weiterer Aufrüstung und atomarer Bewaffnung der Bundeswehr (nach Besuch von Ex-Nazi- und jetzigem Bundeswehrgeneral Speidel am 8.8. in Washington, wo er über das Konzept der "Vorwärtsverteidigung" der NATO referierte).
1960	30. August - 9. September	Seemanöver der Bundesmarine "Wallenstein III" vor der Küste der DDR mit einer geplanten "Landungsoperation" von See her.
1960	9. September	Beratungen von Bundeskanzler Adenauer mit NATO-Oberbefehlshaber Norstad und NATO-Generalsekretär Spaak über die Denkschrift der Bundeswehr, in der die Verfügungsgewalt über Atomwaffen gefordert wird, und den US-Vorschlag zur Bildung einer integrierten NATO-Atomstreitmacht.
1960	13. September	Der DGB-Vorsitzende Richter bespricht mit Verteidigungsminister Strauß das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Bundeswehr, weitere Gespräche zur Beseitigung "vorhandener Missverständnisse" werden vereinbart. Die DGB-Vertreter stimmen dem Wunsch von Strauß zu, Bundeswehroffizieren das Auftreten auf Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend zu ermöglichen.
1960	20. - 24. September	NATO-Manöver "Hold fast" in Schleswig-Holstein unter Beteiligung deutscher, dänischer, britischer, kanadischer und belgischer Truppen mit 60 000 Soldaten gemäß der NATO-Strategie der "Vorwärtsverteidigung".
1960	28. September	1. Lesung des Notstandsgesetzes (Änderung des GG mit Einfügung des Art. 115 a) im Bundestag.
1960	30. September 29. Dezember	Die Regierung der BRD beschließt die Kündigung der Abkommens über den innerdeutschen Handel und aller Zusatzvereinbarungen zwischen BRD und DDR zum 32.12.1960. Die damit beabsichtigte verschärfte Embargopolitik gegen die DDR löst auch in westdeutschen Wirtschaftskreisen Proteste aus. Am 29. Dezember sieht sich die Bundesregierung infolge anhaltender Proteste gezwungen, die Abkommen wieder in Kraft zu setzen; sie beharrt jedoch auf einer Vorbehaltsklausel, mit der bestimmte Waren für den Handel mit der DDR gesperrt werden können.
1960	21. - 25. November	Parteitag der SPD in Hannover billigt den "Wehner-Schwenk" vom 30. Juni und das Streben nach einer "gemeinsamen Außenpolitik" mit der CDU/CSU sowie die Zustimmung zu den Notstandsgesetzen. Vorstellung der "Mannschaft" der SPD für den Bundestagswahlkampf mit Willy Brandt als Kanzlerkandidat.
1961	10. Januar	Der Parteivorstand der SPD fasst einen Beschluß, in dem die Mitglieder der SPD aufgefordert werden, nicht an den Ostermärschen teilzunehmen und sie nicht zu unterstützen.
1961	13. Januar	Auf Einladung des "Liberalen Studentenbundes" (LSB) Marburg hält der DDR-Volkskammerpräsident Dr. Dieckmann (LDPD) im Kursaal Marbach bei Marburg einen Vortrag mit anschließender Diskussion. Die Veranstaltung führt zu tagelangen heftigen Kontroversen in den Medien und bei Marburger Politiker-Kreisen bis zu tumultartigen "Protestaktionen" vor Dieckmanns Hotel, insbesondere von der "Jungen Union" inszeniert.
1961	2. - 8. Februar	NATO-Manöver "Winterschild II" in Oberbayern nahe der Grenze zur CSSR und DDR.
1961	21. Februar	Im Ministerialblatt der Bundesregierung werden Richtlinien veröffentlicht, wonach auf allen in der BRD veröffentlichten Karten und Texten als deutsches Staatsgebiet "das Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937" dargestellt und alle Orte "mit hergebrachten deutschen Namensformen" bezeichnet werden sollen.
1961	8. -25. Juni	Auf mehreren großen Treffen der "Landsmannschaften" wird eine aggressive Stimmungsmache gegen die DDR, Polen, die Oder-Neiße-Grenze und die CSSR einschließlich der Forderung nach "Befreiung" dieser Gebiete und der Revision der Grenzen betrieben (8.6 Bad Godesberg, 9.-11.6 Schlesier-Treffen Hannover, 24./25.6 Deutsch-baltische Landsmannschaft in Lübeck).

1961	22. Juni	US-Truppen in Westberlin besetzen während eines Manövers die der DDR-Verwaltung unterstehenden Reichsbahnanlagen der S-Bahn in Berlin-Zehlendorf.
1961	6. Juli	Der "Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung" beim Gesamtdeutschen Ministerium veröffentlicht einen Bericht mit detaillierten Vorschlägen für die "Eingliederung" der DDR in die BRD nach dem "Tag X".
1961	9. Juli	Die CDU-nahe "Bonner Rundschau" propagiert den Einsatz "aller Mittel des Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges" zur "Befreiung der Ostzone", wozu nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen gehörten, "sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnung, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr".
1961	Mitte Juli	Auf einer CDU-Tagung in Köln kündigt Adenauer die verstärkte Abwerbung von Arbeitskräften und Fachleuten aus der DDR und die Erhöhung der dafür einsetzbaren Finanzmittel an.
1961	31. Juli	Der Ost-Berliner Magistrat wendet sich in einem von Friedrich Ebert unterzeichneten Brief an den Willy Brandt, in dem er dem Westberliner Senat zur Entspannung der Situation Vorschläge zur Normalisierung der Beziehungen und zur Regelung von Problemen der "Grenzgänger" übermittelt.
1961	2. August	In einem Prozess vor dem Obersten Gericht der DDR werden fünf Menschenhändler, die die Abwerbung von DDR-Bürgern geschäftsmäßig betrieben haben, zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt
1961	4. August	Der Magistrat von Ost-Berlin beschließt eine Registrierungspflicht für "Grenzgänger", die in Westberlin einer Beschäftigung nachgehen. Außerdem werden sie zur Zahlung ihrer Miete und der Wasser-, Strom- und Gasgebühren in DM-West verpflichtet.
1961	8. - 24. August	NATO-Seemanöver "Wallenstein IV" der Bundesmarine in der Ost- und Nordsee mit über 100 Kriegsschiffen, insbesondere vor der Küste der DDR.
1961	9. August	Demonstrative Inspektionsreise des NATO-Oberbefehlshabers Europa Mitte und Bundeswehrgenerals H. Speidel bei Bundeswehrtruppen an der Grenze zur DDR.
1961	13. August	Errichtung der Mauer an der Grenze der DDR zu Westberlin und zur BRD ("antifaschistischer Schutzwall") im Einvernehmen mit den Regierungen der UdSSR und der übrigen Staaten des Warschauer Vertrags - Vorhergegangen war seit Wochen eine Zunahme der internationalen Spannungen mit provokativen Reden und Militärmanövern auf westlicher Seite und ein Anwachsen der von westdeutscher Seite geschürten Flucht aus der DDR - Die überraschende Aktion der DDR-Grenztruppen führt zur zeitweiligen Unterbrechung des S-Bahn-Verkehrs in Berlin. Aufziehende amerikanische Panzereinheiten stoppen wenige Meter vor der Grenze angesichts der dort stationierten sowjetischen Panzer - Die westberliner Polizei besetzt die westberliner SED-Zeitung "Die Wahrheit" (14.8.) und kurz danach (24.8.) auch die SED-Parteibüros in Westberlin - Von der DDR eingerichtete Passierscheinbüros auf Reichsbahngelände für Westberliner zum Besuch in Ostberlin werden nach krawallartigen Auseinandersetzungen von der Polizei geschlossen (26.8.).
1961	23. August	Der Ostberliner Magistrat schlägt dem Westberliner Senat die Einrichtung von zwei Zweigstellen des Deutschen Reisebüros in Westberlin zur Entgegennahme von Besuchsanträgen Westberliner Bürger zum Betreten Ostberlins und zur Aushändigung entsprechender Genehmigungen vor. Dies wird am 24.8. vom Regierenden Bürgermeister Willy Brandt abgelehnt.
1961	17. September	Bundestagswahl im Klima aufgeheizter antikommunistischer Emotionen nach dem Mauer-Bau - Dennoch verliert die CDU die absolute Mehrheit (was Unbehagen an der seit über 10 Jahren dauernden "Ära Adenauer" ausdrückt). Sie kann jedoch in Koalition mit der FDP weiter regieren (CDU 50,2 %, FDP 7,7 %, SPD 36,2 %) - Erstmalsige Kandidatur der DFU ("Deutsche Friedensunion") erreicht rd. 600 000 Stimmen (1,9 %).
1961	23. Oktober	NATO-Herbstmanöver "Herbstschild" der US-Truppen in der BRD mit Szenarien des Einsatzes von Atomwaffen.
1961	7./14. November	Der Bundestag wählt Konrad Adenauer zum vierten Mal zum Bundeskanzler und installiert am 14.11. eine Koalitionsregierung von CDU/CSU und FDP mit 5 FDP-

		Ministern.
1961	12. November	Bürgerschaftswahl in Hamburg - Gewinne von SPD (59,0 %, +5,1) und FDP (9,6 %, +1,0), CDU stagniert. Die DFU erhält fast 15 000 Stimmen weniger als bei der Bundestagswahl im September (2,9 %).
1961	27. November	Contergan-Skandal - Die Fa. Grünenthal wird gezwungen, das Schlafmittel "Contergan" aus dem Handel zu nehmen, nachdem mehrere Fälle von Mißbildungen bei Kindern infolge der Einnahme dieses Mittels durch schwangere Frauen bekannt wurden. Insgesamt werden in der BRD 2625 Missbildungen infolge "Contergan" registriert. Der Prozeß gegen die Fa. Grünenthal findet erst ab dem 27. Mai 1968 statt, wird jedoch im Dezember 1970 eingestellt, nachdem eine "außergerichtliche Einigung" erfolgt war.
1962	19. Januar/ 22. Februar	Bundestag beschließt im 19.1. in erster Lesung und am 22.2. endgültig die Verlängerung der Wehrpflicht von 12 auf 18 Monate - 25 SPD-Abgeordnete stimmen entgegen der Fraktionshaltung gegen das Gesetz.
1962	22. Januar	Das Präsidium der SPD bestätigt den Beschluß, SPD-Mitglieder dazu aufzufordern, nicht an den Ostermärschen teilzunehmen, weil diese kein geeignetes Mittel seien, um dem von der SPD angestrebten Ziel einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung näherzukommen.
1962	26./27. Januar	Angehörige der Deutschen Reichsbahn entdecken unter den Gebäuden und Gleisanlagen des S-Bahnhofs Wollankstraße einen von Westberlin aus angelegten unterirdischen Tunnel.
1962	21. März/ 5. April	"Maßhalte"-Appelle von Bundeskanzler Erhard per TV-Ansprache und im Bundestag mit Attacken und Drohungen gegen die Gewerkschaften. Erhard wendet sich gegen "Entartungserscheinungen" im Kampf um höhere Löhne und betont die Entschlossenheit der Regierung, für eine "zuchtvolle Ordnung" zu sorgen.
1962	23. Mai	Am Grenzübergang Scharnhorststraße in Berlin kommt es zu einem Schusswechsel mit westberliner "Fluchthelfern" bei einem vorbereiteten illegalen Grenzübertritt, bei dem der DDR-Grenzpolizeiunteroffizier P. Göring getötet und ein weiterer DDR-Grenzpolizist schwer verletzt wird.
1962	24./26. Mai	Zwischenfälle an der Staatsgrenze der DDR in Berlin durch mehrere Sprengsätze, die von westberliner Gebiet aus auf die DDR-Seite geworfen oder an Grenzübergängen deponiert und zur Explosion gebracht werden.
1962	18. Juni	Erneut Tunnel-Zwischenfall an der Berliner Mauer - Von einem Baugelände des Springer-Konzerns wurde ein Tunnel in den Keller eines Gebäudes auf DDR-Seite vorgetrieben, durch den "Fluchthelfer" einzudringen versuchten, um Personen nach Westberlin zu schleusen. Der Tunnel wurde von den DDR-Grenztruppen entdeckt, es kommt zu einem Schußwechsel mit dem "Schleuser", bei dem der DDR-Grenzunteroffizier R. Huhn getötet wird. (Mehrere Zwischenfälle an der Mauer gab es schon in den Tagen und Wochen vor dem 17. Juni).
1962	2. Juli	Generalbundesanwalt W. Fränkel, der seit dem 30.3.62 im Amt ist, muss beurlaubt werden, nachdem in der DDR die faschistische Vergangenheit dieses höchsten Staatsanwalts der BRD als ehemaliger stellvertretender Reichsanwalt des Nazi-staates enthüllt worden war.
1962	6. Juli	Landtagswahlen in NRW mit Gewinnen für SPD (43,3 % + 4,1), Verlusten für CDU (46,4 %, -4,1) und FDP (6,8 % -0,3). Die DFU verliert ca. 24 000 Stimmen gegenüber der Bundestagswahl und erreicht 2,0 %.
1962	11. - 21. August	Mehrere Zwischenfälle an der DDR-Staatsgrenze - Am 11.8. erschießen drei Bundesgrenzschutzangehörige, die in das DDR-Gebiet eingedrungen sind, bei Bad Salzungen den Hauptmann der DDR-Grenztruppen R. Arnstadt und ziehen sich danach unter Abgabe weiterer Schüsse auf BRD-Gebiet zurück. Am 19.8. kommt es auf Westberliner Seite zu Attacken jugendlicher Krawallmacher mit Steinwürfen gegen einen Streifenwagen der US-Militärpolizei und einen sowjetischen Bus, der die Wachposten zum sowjetischen Ehrenmal im Tiergarten transportiert. Auch S-Bahnzüge werden mit Steinen beworfen. In Charlottenburg wird das Büro der Kreisleitung der SED überfallen.
1962	20. September	Beginn des NATO-Manövers "Fallex 62" unter Beteiligung sämtlicher NATO-Stäbe und Einbeziehung der Post-, Verkehrs-, Transport- und Schifffahrtseinrichtungen und zivilen Verwaltungsbehörden bis zu den Landratsämtern zur Erprobung des

		"E-Falls" (Ernstfall).
1962	26. Oktober – 19. November	"Nacht- und Nebelaktion" der Polizei gegen den "Spiegel" auf Initiative von F.J. Strauß löst heftige Protestwelle aus. Der „Spiegel“ hatte in seiner Ausgabe 41/1962 vom 10. Oktober ein von Conrad Ahlers verfassten Artikel unter dem Titel „Bedingt abwehrbereit“ veröffentlicht, der unter Verwendung von als geheim eingestuften Unterlagen über das NATO-Manövers Fallex 62 berichtete, dass man im Bundesverteidigungsministerium der Meinung ist, die Bundeswehr sei aufgrund ihrer konventionellen Ausrüstung zur Verteidigung der BRD gegen einen Angriff aus dem Osten nicht fähig, dies sei nur mit Atomwaffen möglich. Die Polizei besetzt die Spiegel-Räume im Hamburger Pressehaus und das Bonner Redaktionsbüro. Auf Weisung von Strauß wird der Verfasser des Artikels, der mit seiner Frau in Torremolinos/Spanien im Urlaub ist, noch in der Nacht von Franco-Polizei verhaftet. Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein wird zwei Tage später in Untersuchungshaft genommen. Die Besetzung und Durchsuchung des Hamburger Pressehauses wird wochenlang aufrechterhalten. In einer Fragestunde Anfang November im Bundestag verteidigt Adenauer das Vorgehen mit der Behauptung, es gebe da einen „Abgrund von Landesverrat“. Danach weitete sich die Affäre zu einer Koalitionskrise aus. Strauß hatte zunächst behauptet, mit der ganzen Aktion nichts zu tun zu haben, obwohl im Lauf der Zeit immer deutlicher wurde, dass er der eigentliche Initiator war und über alle Details Bescheid wusste. Zur Regierungskrise entwickelte sich der Vorgang, als sich herausstellte, dass Strauß nicht nur seine Kabinettskollegen und die Öffentlichkeit belogen hatte, sondern auch ausdrücklich untersagt hatte, dass der FDP-Justizminister Stammberger im Vorfeld der Aktion informiert wird. Deshalb erklärten die fünf FDP-Minister am 19.11. ihren Rücktritt. Nach langem Hin und Her sah sich Strauß schließlich gezwungen, seinen Rücktritt zu erklären, um eine Fortsetzung der CDU/CSU-FDP-Koalition unter Adenauer zu ermöglichen. Die verhafteten Spiegel-Redakteure wurde nach und nach wieder aus der Haft entlassen, zuletzt Augstein nach 103 Tagen. Am 13. Mai 1965 entschied der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs, dass keine Beweise für einen „wissentlichen Verrat von Staatsgeheimnissen“ durch Ahlers und Augstein vorhanden sind und das Verfahren deshalb eingestellt wird.
1962	31. Oktober	Annahme des Entwurfs der Notstandsgesetze im Bundeskabinett und Weiterleitung an den Bundestag zur Beschlußfassung.
1962	19. November 11. Dezember	Regierungskrise in der BRD im Ergebnis der "Spiegel-Affäre", die zum erzwungenen Rücktritt von F.J. Strauß führt. Die FDP-Minister erklären, dass eine Zusammenarbeit mit F.J. Strauß nicht mehr möglich, die FDP jedoch zur Fortsetzung der Koalition unter Adenauer bereit sei. Das führt am 20.11. zum Rücktritt auch der CDU/CSU-Minister, um den Weg zu einer Kabinettsumbildung frei zu machen. Es entwickelt sich eine öffentliche Bewegung für den Rückzug von Strauß aus der Bundespolitik (Appelle von Professoren u.a.m.). Am 30.11. erklärt Strauß nach langer Debatte im CSU-Vorstand seinen Verzicht auf ein Ministeramt in Bonn. Daraufhin wird am 11.12. eine neue Regierung gebildet, sieben bisherige Minister scheidern aus und werden im gleichen Verhältnis wie bisher durch neue aus CDU/CSU und FDP ersetzt.
1962	28. November	Die SPD-Fraktion im Bundestag erklärt entgegen den Beschlüssen des SPD-Parteirats und des DGB-Kongresses ihre grundsätzliche Zustimmung zu den Notstandsgesetzen.
1962	29. November	Beginn des Verbotsprozesses gegen die VVN vor dem Bundesverwaltungsgericht in Westberlin. Am Tag darauf (30.11.) übergibt A. Baumgarte dem Gericht Dokumente über die nazistische Vergangenheit des Gerichtsvorsitzenden Prof. Dr. Werner. Daraufhin werden die Verhandlungen zunächst vertagt und später nicht weitergeführt.
1963	8. August	Passierscheinabkommen für den Verwandtenbesuch von Westberlinern in Ostberlin während der Weihnachtszeit in Form eines "Gemeinsames Protokolls", das für die DDR von Staatssekretär Wendt und für den Westberliner Senat von dessen Beauftragten Korber unterzeichnet wird.
1963	15./16. Oktober	Rücktritt Konrad Adenauers (der schon zur Wahl 1961 für Mitte der Legislaturperiode angekündigt worden war), Bildung der Regierung Erhard am 16.10.

1963	20. Dezember	Eröffnung des Auschwitz-Prozesses gegen 21 ehemalige KZ-Bewacher wegen Massenmordes.
1964	1. Januar	Der ehemalige Nazigeneral Trettner wird Generalinspekteur der Bundeswehr
1964	1. Juli	Wiederwahl von H. Lübke zum Bundespräsidenten (trotz des von der DDR erhobenen Verdachts, an der Planung und am Bau von KZ's beteiligt gewesen zu sein).
1965	24./25. und 30. Juni	Verabschiedung der ersten "einfachen" Notstandsgesetze im Bundestag (Gesetz über Zivilschutz, Sicherstellungsgesetz, Selbstschutzgesetz). Die SPD-Abgeordneten stimmen gegen diese Gesetze, da sie für eine Verschiebung der Beschlussfassung bis nach den Bundestagswahlen eintreten.
1965	19. August	Ende des 1. Frankfurter Auschwitz-Prozesses nach 181 Verhandlungstagen mit lebenslangen Zuchthausstrafen gegen 6 Angeklagte, 10 Zuchthausstrafen zwischen 14 und 3 1/4 Jahren, einmal 10 Jahre Jugendstrafe und 2 Freisprüche.
1965	19. September	Bundestagswahl - CDU/CSU unter Erhard bleibt stärkste Partei (47,6 %), SPD unter Brandt gewinnt 3 % dazu (39,3 %), Verluste der FDP (von 12,8 auf 9,5 %), DFU 1,3 (1961 1,9 %), NPD 2,0 %. Fortsetzung der CDU/CSU-FDP-Koalition (die aber 1966 zerbricht).
1966	12. Januar	Bundesregierung entsendet im Rahmen des "Hilfsprogramms für Südvietnam" die "Helgoland" als Lazarettschiff.
1966	2. Halbjahr	Beginn einer wirtschaftlichen Rezessionsphase, die auch 1967 anhält - erster größerer Einbruch des Wirtschaftswachstums nach den "Wirtschaftswunderjahren" der 50er und Anfang der 60er Jahre. Viele Betriebe gehen zu Kurzarbeit ("Zwangsferien") und Entlassungen über. Die Arbeitslosigkeit steigt von 269 000 (1,2 %) im Januar 1966 auf 621 000 (2,9 %) im Januar 1967, also um das Zweieinhalbfache. Im Januar 1967 gibt es 240 000 Kurzarbeiter. Im Frühjahr 1967 geht die Zahl der Beschäftigten vor allem in der Automobilindustrie und generell im Metallbereich weiter zurück. Die Krise entwickelt sich vor dem Hintergrund einer stark gesteigerten Arbeitsproduktivität (+8,1 % bei einem gleichzeitigen Beschäftigungsrückgang in der Industrie von -6,5 %) und dadurch enorm vergrößerten Gewinnen. Zugleich ist die Rezession mit Strukturkrisen im Bergbau, in der Textilindustrie und im Stahlbereich verbunden.
1966	27. Oktober	Krise der Erhard-Regierung durch Austritt der vier FDP-Minister aus dem Kabinett nach Meinungsverschiedenheiten über die Finanz- und Steuerpolitik. - Erhard regiert zunächst noch mit einem Minderheitenkabinett weiter - Nominierung Kiesingers als Nachfolger durch die CDU/CSU-Fraktion und Bildung einer Verhandlungskommission für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition mit der SPD.
1966	1. Dezember	Bildung der Regierung der "großen Koalition" mit Georg Kiesinger (CDU) als Regierungschef, Strauß als Verteidigungsminister, Willy Brandt (SPD) als Vizekanzler und Außenminister, Karl Schiller als Wirtschaftsminister, Herbert Wehner als Gesamtdeutscher Minister.
1967	14. Februar	"Konzertierte Aktion" unter Wirtschaftsminister Schiller (SPD) zur Einbindung der Gewerkschaften unter "sozialpartnerschaftlichem" Vorzeichen in die Regierungspolitik der "Großen Koalition" und zu deren Unterordnung unter die Vorgaben der Unternehmerverbände.
1967	20. Februar	Das SPD-Präsidium bekräftigt den Beschluss auf Nichtteilnahme von SPD-Mitgliedern an den Ostermärschen, weil sie "einseitig" gegen die westlichen Verteidigungsmaßnahmen gerichtet seien.
1967	19. April	Tod von Konrad Adenauer.
1967	29. Mai	Einführung der Mehrwertsteuer anstelle der bisherigen Umsatzsteuer, verbunden mit erheblichen Preiserhöhungen.
1968	1. Januar	Einführung der Mehrwertsteuer (10 Prozent) in der BRD anstelle der bisherigen Umsatzsteuer
1968	30. Mai	Der deutsche Bundestag verabschiedet die Notstandsgesetze (Ergänzung des GG um Notstandsartikel) mit den Stimmen der CDU/CSU und der großen Mehrheit der SPD (gegen 46 FDP- und 53 SPD-Stimmen).
1969	5. März	Bundesversammlung wählt mit Gustav Heinemann erstmals seit 1945 einen Sozialdemokraten zum Bundespräsidenten - Die Tagung findet gegen Proteste der DDR und der SU in Westberlin (außerhalb des Territoriums der BRD) statt.

1969	28. September	Bundestagswahl führt zur Ablösung der 20-jährigen Vorherrschaft der CDU/CSU und der seit 1966 regierenden Großen Koalition (CDU/CSU 46,1 % [-1,5], SPD 42,7 % [+3,3], FDP 5,8 % [-4,3]; die ADF erhält 197 331 Stimmen nur 0,6 % [DFU 1965 1,3], die NPD bleibt mit 4,3 % unter der 5-%-Grenze. Noch in der Nacht vereinbaren SPD und FDP Koalitionsverhandlungen. Das DKP-Präsidium veröffentlicht eine Erklärung zum Wahlausgang, in der es heißt: "Die DKP würde in der Bildung einer SPD/FDP-Koalition, die sich auf den demokratischen Volkswillen orientiert, die Möglichkeit sehen, eine neue Politik einzuleiten". Die Erklärung orientiert auf die Weiterführung von Aktionen und Bewegungen für die Durchsetzung von sozialen, demokratischen und friedenspolitischen Forderungen.
1969	21. Oktober	Nach den Bundestagswahlen am 28.9.69 vollzieht sich ein Regierungswechsel. Erstmals seit 1945 wird mit Willy Brandt ein Sozialdemokrat mit 251 gegen 235 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 4 ungültigen Stimmen Bundeskanzler einer Koalitionsregierung von SPD und FDP (Walter Scheel Vizekanzler).
1970	28. Januar	Beginn von Gesprächen zwischen dem UdSSR-Außenminister Gromyko und dem BRD-Sonderbeauftragten Egon Bahr in Moskau über ein Gewaltverzichtsabkommen.
1970	19. März	Treffen zwischen Willi Stoph und Willy Brandt in Erfurt.
1970	26. März	Beginn von Viermächteverhandlungen über ein Westberlin-Abkommen.
1970	21. Mai	Zweites Treffen von Willi Stoph und Willy Brandt in Kassel - Gegendemonstrationen neonazistischer und anderer reaktionärer Kreise werden durch Bekundungen des Willens zu Frieden, Verständigung und Anerkennung der DDR von tausenden DKP-Mitgliedern und anderen westdeutschen Demokraten und Friedenskräften in den Hintergrund gedrängt.
1970	12. August	Moskauer Vertrag UdSSR - BRD über Gewaltverzicht und Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen unterzeichnet.
1970	27. November	Beginn der Verhandlungen zwischen Beauftragten der BRD und der DDR (Egon Bahr, Michael Kohl) über Fragen des "innerdeutschen" Verkehrs.
1970	7. Dezember	Unterzeichnung des Warschauer Vertrags zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD über die "Normalisierung der Beziehungen" - Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die BRD - Staatsbesuch Willy Brandts in Warschau mit "Kniefall" vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos.
1971	3. September	Westberlin-Abkommen zwischen UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich als Teil der "Entspannungspolitik" zwischen den Großmächten - Festlegung, dass Westberlin kein Bestandteil der BRD ist und nicht von ihr regiert werden darf, Regelung des Verkehrs zwischen Westberlin, der DDR und der BRD durch Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten.
1971	17./20. Dezember	Transitabkommen zwischen den Regierungen der DDR und der BRD. Dem folgt am 20.12. die Vereinbarung über die Besuchsregelung für Bürger der BRD und Westberlins in der DDR (Passierscheinabkommen) und ein Abkommen über einen Gebietsaustausch (Enklaven-Regelung)
1972	28. Januar	Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Bundesländer beschließt den "Radikalerlass" ("Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst) und damit die Verhängung von Berufsverböten für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die der Entwicklung "verfassungsfeindlicher Aktivitäten" bzw. der Zugehörigkeit zu einer Partei oder Organisation mit "verfassungsfeindlicher Zielsetzung" verdächtigt werden oder nicht ausreichend "Gewähr dafür bieten", dass sie "jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintreten". Der Beschluss stößt bei führenden Rechtswissenschaftlern und Juristen auf nachdrückliche Kritik
1972	27. April	"Konstruktives Misstrauensvotum" des CDU/CSU-Chefs Rainer Barzel gegen die Regierung Willy Brandt im Bundestag im Zusammenhang mit den "Ostverträgen" scheitert - politische Niederlage für die CDU/CSU und die mit ihr verbundenen revanchistischen Rechtskreise.
1972	17. Mai	Der Deutsche Bundestag beschließt mit Mehrheit die Ratifizierung der "Ostverträge" mit der UdSSR und Polen.
1972	26. Mai	Unterzeichnung des "Verkehrsvertrags" zwischen DDR und BRD in Bonn.

1972	2./15. Juni	Verhaftung von Andreas Baader und anderer RAF-Mitglieder nach Schusswechsel in Frankfurt/Main, am 15.6. auch von Ulrike Meinhof und Gerhard Müller.
1972	3. Juni	Das Viermächte-Abkommen über Berlin (im Sept. 1971 unterzeichnet) und das im November/Dezember zwischen den Staatssekretären Kohl (DDR) und Bahr (BRD) ausgehandelte Transitabkommen zwischen DDR und BRD treten in Kraft.
1972	26. August - 11. September	XX. Olympische Sommerspiele in München - Geiselnahme von 11 Mitgliedern der israelischen Olympiamannschaft am 5.9. durch ein Kommando von Palästinensern unter der Bezeichnung "Schwarzer September". Die Geiselnnehmer fordern die Freilassung von 232 in Israel gefangenen Palästinensern und der inhaftierten deutschen RAF-Gefangenen Andreas Bader und Ulrike Meinhof sowie des Japaners Okamoto. Die Bundesregierung und die israelische Regierung lehnen jegliche Verhandlungen ab. Nachdem Geiselnnehmer und Geiseln mit 2 Hubschraubern zum Flugplatz Fürstenfeldbruck zu einer Boeing 727 transportiert worden waren und die Polizei ihrem Abflug nach Kairo angeblich zugestimmt hatte, kam es im Verlauf einer "Befreiungsaktion" der deutschen Polizei zu einem Schusswechsel. In dem folgenden 45-minütigen Feuergefecht wurden alle 11 israelische Sportler sowie fünf der Geiselnnehmer und ein deutscher Polizist getötet
1972	19. November	Bei den vorgezogenen Bundestagswahlen wird die SPD erstmals nach 1945 stärkste Partei.
1972	21. Dezember	Unterzeichnung des "Grundlagenvertrags" zwischen BRD und DDR in Berlin mit Anerkennung der Unverletzlichkeit der beiderseitigen Staatsgrenzen und gegenseitigem Gewaltverzicht.
1973	11./25. Mai	Bundestag und Bundesrat billigen "Grundlagenvertrag" mit der DDR (gegen die Stimmen der CDU/CSU und des Landes Bayern).
1973	18. - 22. Mai	Erster Breschnew-Besuch in der BRD - Vereinbarung einer Gemeinsamen Erklärung über die Entwicklung der Beziehungen.
1973	11. Dezember	Unterzeichnung des "Prager Vertrags" über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der BRD und der CSSR unter Anerkennung der Nichtigkeit des Münchener Abkommens von 1938 über die Abtrennung des Sudetenlandes (bei Ausklammerung von Entschädigungsansprüchen). Ratifizierung im Bundestag am 17.12.73.
1974	14. März	Protokoll über die Errichtung Ständiger Vertretungen der DDR in der BRD und der BRD in der DDR unterzeichnet (Inkrafttreten am 2. Mai).
1974	7. Mai	Rücktritt von Willy Brandt als Bundeskanzler im Zusammenhang mit der Guillaume-Affäre.
1974	15. Mai	Wahl von Walter Scheel zum Bundespräsidenten als Nachfolger von Heinemann.
1974	16. Mai	Wahl von Helmut Schmidt zum Bundeskanzler (nach Rücktritt von W. Brandt - Fortsetzung der SPD-FDP-Koalition).
1975	27. Februar	Entführung des CDU-Politikers Lorenz in Westberlin durch ein Kommando "2. Juni". Sie lassen ihr Opfer wieder frei, nachdem ihre Forderung nach Freilassung von 5 inhaftierten RAF-Häftlingen von Bundeskanzler Helmut Schmidt erfüllt worden war.
1975	21. Mai	Stammheim-Prozess gegen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe vor dem Oberlandesgericht Stuttgart.

Dokumentation der Karl-Liebknecht-Schule der DKP.

Die gesamte Fassung kann auf der Veranstaltung „40 Jahre DKP“ am 27. September 2008 in Recklinghausen erworben werden.